Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Ungedeckte Schecks

Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Die GroKo scheint den 2018 überraschenderweise von Bund, Ländern und Gemeinden verbuchten Rekordüberschuss in Höhe von 58 Mrd. Euro als Einladung misszuverstehen, wieder einmal die Belastbarkeit der Wirtschaft zu überfordern. Vor allem die SPD ist offenbar bereit, ihre staatspolitische Verantwortung wahltaktischen Zielen unterzuordnen. Beinharte Klientelpolitik in Form von langfristig nicht finanzierbaren Wahlgeschenken und sozialen Gefälligkeiten sollen den Niedergang der Traditionspartei stoppen. Hier bricht sich eine bedenkenlose Nach-uns-die-Sintflut-Mentalität Bahn. Ein Finanzminister, der sich als Gralshüter einer soliden Finanzpolitik geriert, dient da offenbar nur noch als Staffage. Berliner Kenner der Materie gehen mittlerweile davon aus, dass bereits über 10 Mrd. Euro eingespart werden müssten, nur um die schwarze Null für den Bundeshaushalt 2020 verteidigen zu können. Die von Olaf Scholz in TV-Talkshows verbreitete Behauptung, Deutschland könne sich fast alles leisten, ist durch die konjunkturelle Abkühlung mit zunehmendem Rezessionsrisiko längst widerlegt worden. Gleichwohl geht die Bundesregierung neue finanzielle Verpflichtungen ein für unkalkulierbare Renten-, Pflege-, Gesundheits- und Kitaprojekte. Die FAZ kommentiert: „Was sind schon Abermilliarden für die Grundrente mit Gießkanne, es geht um Respekt! An CDU/CSU dürfte das kaum scheitern, auf eine Art Bedürftigkeitsprüfung wird man sich schon einigen. Schließlich weiß Schwarz-Rot, wie man seine wichtigste Wählergruppe, Ältere und Rentner, bedient."

Explodierende Sozialkosten

Der vorgezogene Ruhestand belastet schon heute die Rentenkasse deutlich stärker als von der Regierung geplant. Es kann nicht überraschen, dass sehr viele Menschen die seit 2014 angebotene Möglichkeit, mit 63 Jahren Rente ohne Abschläge zu beziehen, nutzen. Das ifo-Institut beziffert die dadurch allein zwischen 2014 und 2016 entstandenen Mehrausgaben auf 6,5 Mrd. Euro. Durch Ausfälle bei Steuern und Sozialbeiträgen beliefen sich die Gesamtkosten in diesem Zeitraum sogar auf 12,5 Mrd. Euro. Einer neuen Studie zufolge beabsichtigt jeder vierte der 12 Millionen Babyboomer, mit 63 Jahren in Rente zu gehen. Dadurch würde die Rentenkasse – wie der „Focus" schreibt – förmlich explodieren. Obwohl das Rentensystem schon heute vom Steuerzahler mit jährlich 90 Mrd. Euro subventioniert wird und sich die Folgen der demografischen Entwicklung unerbittlich abzeichnen, stellen die Regierungsparteien nach der Rente mit 63 und der Mütterrente weitere Wohltaten wie die Grundrente für die Senioren in Aussicht. Damit wird in unverantwortlicher Weise gegen das ansonsten permanent reklamierte Gebot der Nachhaltigkeit verstoßen.

„Demokratie statt Umsatz"

Mit dem unsäglichen „Framing Manual" hat die ARD neue Maßstäbe bei der medialen Manipulation und Desinformation gesetzt. Für die Erstellung dieses 89 Seiten umfassenden Pamphlets mit dem satirereifen Titel „Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD" hat eine bislang unbekannte Sprachwissenschaftlerin ein Honorar von 120.000 Euro aus dem Topf der GEZ-Zwangsgebühren kassiert. Das Papier warnt in erschreckend banaler Weise vor „medienkapitalistischen Heuschrecken" und den „flatterhaften Händen des Kommerzrundfunks". Mut machen sollen den ARD-Mitarbeitern weitgehend sinnfreie Etiketten wie „Gemeinsamer Rundfunk statt Informationsanarchie", „Wir nehmen jeden ernst – auch Deine Oma", „Demokratie statt Umsatz" und „Exzellenz statt Profitfixierung". Die Unsitte der Framing genannten Gehirnwäsche ist neuerdings auch in der Bundespolitik zu beobachten. Möglicherweise hat dieselbe Sprachwissenschaftlerin Pate gestanden bei der Entwicklung einer „Strategie", die die Akzeptanz neuer Gesetzesvorhaben durch positiv aufgeladene Überschriften verbessern soll. Als abschreckende Beispiele können das „Gute-Kita-Gesetz", das „Starke-Familien-Gesetz" und das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz" dienen. Hier eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld für kreative Schöpfer euphemistischer Sprachregelungen, um die Empfänger der Nachrichten hinter die Fichte zu führen. In diesem Sinne empfiehlt die FAZ der Union und der SPD die Einbringung von Klartext-Initiativen unter den Bezeichnungen „Wir-schaffen-das-trotzdem-Gesetz" und „Hartz-IV-ist-doof-Gesetz". Um Missverständnissen vorzubeugen: Framing hat aber auch rein gar nichts mit Fake News zu tun!

Abnehmende Standortqualität

Das Institut für Weltwirtschaft (Kiel) sieht Deutschland in einer strukturell deutlich schlechteren Ausgangslage als im Krisenjahr 2008. Die Standortqualität habe sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Zu den größten Baustellen gehören die Automobilindustrie, die sich als Leitbranche in einem disruptiven Umbruch befindet, der Rückstand bei der Digitalisierung und der „vielerorts mitleiderregende Zustand" der Infrastruktur. Auch bei der Steuerpolitik herrsche seit Schröders Kanzlerschaft kompletter Stillstand. Gerade bei den Unternehmenssteuern müsse die Regierung dringend nachbessern. Handlungsbedarf bestehe auch beim Abbau von Bürokratie und der Vorbereitung auf den demografischen Wandel. Angesichts der Tatsache, dass viele Handelspartner der Bundesrepublik selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, werde ein „Herauswachsen" Deutschlands aus der Krise in der nächsten Rezession deutlich schwieriger sein als 2008.